

Im Gesetz ist davon die Rede, dass Abzeichen, Uniformen oder Uniformteile einer in Österreich verbotenen Organisation öffentlich weder getragen noch zur Schau gestellt, dargestellt oder verbreitet werden dürfen. Als Abzeichen sind auch Embleme, Symbole und Kennzeichen anzusehen. Wenn jemand einen Sticker mit einem Hakenkreuz auf seiner Jacke trägt, verstößt er/sie gegen das Abzeichengesetz, ebenso, wenn jemand SS-Runen oder andere NS-Embleme angesteckt hat.

Verwaltungsverfahren

Es gibt auch Verwaltungsstrafen für jene Handlungen, die gerichtlich nicht geahndet werden können. Hier können von den Bezirksverwaltungsbehörden Geldstrafen verhängt werden.

Das EGVG (Einführungsgesetz zu den Verwaltungsverfahrensgesetzen) sieht Strafen für jene vor, die Personen allein auf Grund ihrer „Rasse“, ihrer Hautfarbe, ihrer nationalen oder ethnischen Herkunft, ihres religiösen Bekenntnisses oder einer Behinderung ungerechtfertigt benachteiligen oder sie hindern, Orte zu betreten oder Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen, die für den allgemeinen öffentlichen Gebrauch bestimmt sind oder die nationalsozialistisches Gedankengut im Sinne des Verbotsgesetzes verbreiten.

Gegen das EGVG verstößt z.B. jemand, der Flugblätter oder Broschüren mit einschlägigem Inhalt vor Schulen verteilt. Wer T-Shirts mit der Aufschrift „Bock auf Nazis“ oder Kleidungsstücke mit solchen oder ähnlichen Sprüchen trägt, kann nach dem EGVG bestraft werden.

Das Symbole-Gesetz regelt das Verbot der Verwendung von Symbolen verschiedener Gruppierungen (IS, Al-Qaida, Muslimbruderschaft, Graue Wölfe, Kurdische Arbeiterpartei PKK, Hamas ...)

Literatur:

Black Voices (Hrsg.) (2022): War das jetzt rassistisch? 22 Anti-Rassismus Tipps für den Alltag. Graz: Leykam Buchverlag
Gärtner, Reinhold (2009): Politik der Feindbilder. Rechtspopulismus im Vormarsch; Wien: Kremayr & Scheriau KG
Kulick, Holger/Staud. Toralf (Hg) (2009): Das Buch gegen Nazis. Rechtsextremismus – Was man wissen muss und wie man sich wehren kann; Köln: kiwi

Kinder- und Jugendanwaltschaft Tirol

Meraner Straße 5, 4. Stock
6020 Innsbruck
Tel: 0512/508 3792
E-Mail: kija@tirol.gv.at
www.kija-tirol.at



Rechtsextremismus – Rassismus



Fotonachweis: BilderBox.com

Geschichte

Von 1938 - 1945 war Österreich Teil des nationalsozialistischen Deutschlands. Viele Menschen haben in dieser Zeit schwerste Verbrechen verübt, andere waren Opfer des NS-Regimes und sehr viele andere waren Mitläuferinnen oder Mitläufer oder versuchten, sich weitgehend von Politik fernzuhalten.

Nach der Befreiung am 08.05.1945 wurde von den Abgeordneten der damals im Parlament vertretenen Parteien (ÖVP, SPÖ, KPÖ) das Verbotsgesetz beschlossen. Damit sollten alle Versuche unterbunden werden, den Nationalsozialismus als Ganzes oder Teile davon wieder zu beleben. Auch die Leugnung von NS-Verbrechen fällt unter das Verbotsgesetz.

Es sollte damit unter allen Umständen verhindert werden, dass nochmals eine derart brutale und verbrecherische Herrschaft in Österreich zum Zug kommen könnte. Dass es in Österreich keine speziellen Verbotsgesetze gegen andere Diktaturen gibt, erklärt sich daraus, dass die einzige Zeit, in der Österreich als eigenständiger Staat nicht existiert hatte, eben die NS-Zeit war. Anders als in manchen europäischen Ländern gab es in Österreich keine kommunistische Diktatur.

Durch Gesetze wird nicht nur die NS-Wiederbetätigung geahndet, es geht auch um andere Facetten des Rechtsextremismus, z.B. um den Umgang mit ethnischen, religiösen oder anderen Minderheiten, um die Diskriminierung von ethnischen, religiösen oder anderen Minderheiten und um Rassismus.

Jährlich gibt es mehrere hundert Anzeigen wegen vermuteter Verstöße gegen diese Gesetze. Die betroffenen Personen sind meist männlich. Zu den Delikten zählen rechtsextreme, rassistische, antisemitische oder islamophobe E-Mails, Posts in WhatsApp und sozialen Medien, genauso wie Interneteinträge, Schmierereien an Gebäuden, körperliche Übergriffe, usw.

Meldestelle für NS-Wiederbetätigung

Wer im Internet Beiträge mit neonazistischen, rassistischen oder antisemitischen Inhalten findet, sollte diese beim Innenministerium (ns-meldestelle@dsn.gv.at) melden. Die Angaben werden vertraulich behandelt. Anzeigen wegen des Verdachts der NS-Wiederbetätigung können auch bei allen Polizeidienststellen gemacht werden.

Es gibt in diesem Bereich natürlich auch Grauzonen: Nicht immer sind Äußerungen, Verhaltensweisen, Homepages oder deren Inhalte eindeutig zuordenbar. Wird aber festgestellt, dass jemand immer wieder einschlägige Seiten besucht oder entsprechende Inhalte downloadet, so kann daraus auf eine bestimmte Gesinnung geschlossen werden.

Verbotsgesetz

Das **Verbotsgesetz** wurde in den Jahren 1992 und 2023 umfassend novelliert. 1992 wurden die Strafrahmen deutlich herabgesetzt. Vor allem der § 3 (Wiederbetätigung) ist nach wie vor relevant. Wiederbetätigung heißt, z.B. die NSDAP (oder irgendwelche NS-Teilorganisationen wie SS oder SA) wieder gründen zu wollen. Wiederbetätigung heißt auch, die Verbrechen der Nazis (z.B. den Holocaust) zu leugnen.

Aber auch die Verharmlosung oder die Rechtfertigung der NS-Verbrechen wird nach dem Verbotsgesetz geahndet. Wer also behauptet, dass es keine Gaskammern gegeben habe oder dass in Gaskammern niemand ermordet worden sei, verstößt gegen diese Normen. Bei der Novellierung im Jahr 2023 wurde u.a. festgelegt, dass das Tragen eines Judensterns mit der Aufschrift „Ungeimpft“ (das wurde während der Anti-Corona-Demos immer wieder gemacht) ebenso eine Verharmlosung des Nationalsozialismus darstellt und zu ahnden ist.

Wer sich eines Verbrechens nach dem Verbotsgesetz schuldig macht, kann von einem Geschworenengericht je nach Tatbestand mit einer Freiheitsstrafe (bis zu 20 Jahre), bei besonderer Gefährlichkeit der Täterin oder des Täters auch mit lebenslangem Freiheitsentzug bestraft werden. Wer im öffentlichen Dienst tätig ist, wird bei Verurteilung nach dem Verbotsgesetz in Zukunft entlassen.

Beispiel Verbotsgesetz:

Ein 43-jähriger Niederösterreicher wurde 2018 rechtskräftig zu einer bedingten Freiheitsstrafe von zwei Jahren verurteilt, weil er am Handy Nachrichten mit nationalsozialistischem Inhalt versandt hatte. Unter anderem hatte er unter ein Bild von Hitler geschrieben „Ach, Sie sind Jude. Ich vergas“.

Zudem hatte er ein Foto des Vernichtungslagers Auschwitz mit dem Text „Spezialedition Familien im Brennpunkt 1939 - 1945“ kommentiert.

Immer wieder werden Personen, die über soziale Netzwerke Fotomontagen, Zeichnungen oder historische Fotos verschicken, mit welchen nationalsozialistisches Gedankengut propagiert wird, nach dem Verbotsgesetz verurteilt (z.B. wurde jemand im September 2021 in Melk verurteilt, der 35 entsprechende Postings über WhatsApp verschickt hatte).

Strafgesetzbuch

Verhetzung bedeutet, dass jemand öffentlich zu Hass oder Gewalt gegen Angehörige einer ethnischen Gruppe, eines Staates, einer Religionsgemeinschaft, eines Geschlechts, einer sexuellen Orientierung, einer Altersgruppe oder gegen behinderte Menschen auffordert oder eine solche Gruppe in einer Weise beschimpft, die geeignet ist, diese in der öffentlichen Meinung verächtlich zu machen oder herabzusetzen.

Dies trifft z. B. zu, wenn jemand dazu auffordert, dass Roma und Sinti gejagt und verprügelt werden sollten oder jemand behauptet, dass alle Schwarzen Drogendealerinnen oder Drogendealer sind. Wer auf seiner Homepage einen antisemitischen oder rassistischen Artikel veröffentlicht, kann wegen Verhetzung verurteilt werden.

Beispiel Verhetzung:

Das Neujahrsbaby 2018 wird mit seiner Mutter, die ein Kopftuch trägt, fotografiert; die Fotos erscheinen in zahlreichen Medien. Auf Facebook kommentiert ein 65-jähriger Pensionist dies mit dem Satz: „Für jedes österreichische Baby werden sechs muslimische Dschihadisten geboren.“ Wegen Verhetzung wird der Mann zu einer sechsmonatigen Bewährungsstrafe verurteilt. Er muss außerdem am Programm „Dialog statt Hass“ des Vereins Neustart teilnehmen.

Abzeichengesetz

Durch nationalsozialistische Gruppierungen wurden Millionen von Menschen ermordet. Nicht zuletzt sind deshalb sämtliche NS-Organisationen verboten. Dies wiederum führt dazu, dass auch niemand durch Tragen von **Abzeichen oder Uniformen** öffentlich Sympathie für diese Ideologie kundtun darf.